

freiheit

Ausgabe 10/20

das österreichische arbeitnehmerinnen- und arbeitnermagazin



**Frohe Weihnachten
und einen guten Rutsch**

Foto: AdobeStock.com

OSTÖSTERREICH BAUT AUF



Ihr regionaler Baupartner:

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Trumau ▪ Dr. Körner Straße 49, 2521 Trumau
T: +43 2253 20050 - 0
E: hochbau.trumau@swietelsky.at

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Horn ▪ Riedenburgerstraße 60, 3580 Horn
T: +43 2982 3244 - 0
E: horn@swietelsky.at

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Eisenstadt ▪ Ruster Straße 136/4, 7000 Eisenstadt
T: +43 2682 64578 - 0
E: hochbau.eisenstadt@swietelsky.at

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Mistelbach
Liechtensteinstraße 8, 2130 Mistelbach
T: +43 2982 3244 - 0
E: mistelbach@swietelsky.at

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Nußdorf
Industriestraße 1-3, 3134 Nußdorf ob der Traisen
T: +43 2982 3244 - 0
E: hochbau.nussdorf@swietelsky.at

www.swietelsky.com

Einfach zufrieden wohnen.

Geförderter Wohnbau in
ganz Niederösterreich, z.B. in:

- Amstetten
- Bad Deutsch-Altenburg
- Erlauf
- Felixdorf
- Kirchberg an der Pielach
- Schrattenberg
- Ternitz-Pottschach
- Warth



EDITORIAL

*Liebe Leserin, lieber Leser der **freiheit!***

Es ist wieder soweit. Das Jahr ist scheinbar im Eilflug vergangen und wir sind schon wieder mitten in der Adventzeit. Momentan befinden wir uns im letzten Monat des Jahres 2020 und unser Kalender endet bald. Die Kerzenvorräte werden wieder aufgestockt, die Wohnungen herausgeputzt und in ein festliches Gewand gesteckt. Und doch ist heuer alles anders. Hinter uns liegt ein Jahr, wie wir es noch nie erlebt haben!

Das Jahr 2020 hat unglaublich positiv begonnen. Die neue Regierung unter Bundeskanzler Sebastian Kurz hat nach dem Sensationsergebnis bei der Nationalratswahl 2019 ihre Arbeit aufgenommen und ein starkes Regierungsprogramm vorgelegt. Auch im Parlament wurde mit vollem Elan und voll Zuversicht in die neue Gesetzgebungsperiode gestartet.

Und dann wurden wir alle vom Corona-Virus überrascht. Seit über neun Monaten beschäftigt uns dieses gefährliche Virus. Es hat unser Leben komplett auf den Kopf gestellt. Nicht nur unser Arbeitsleben, sondern auch unseren privaten Bereich. Plötzlich hat sich alles verändert. Der Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen, der Umgang mit den Freundinnen und Freunden.

Aber man darf dem Virus durchaus auch etwas Positives abgewinnen: Neben all diesen Veränderungen hat es auch klar gezeigt, dass wir Österreicherinnen und Österreicher ein solidarisches Volk sind, dass wir füreinander da sind, und dass wir gemeinsam gegen dieses Virus ankommen. Auch wenn es uns noch etwas begleiten wird, können wir durchaus optimistisch ins Jahr 2021 starten.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen und Ihren Lieben frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins Jahr 2021.

Ihre

*Nikola König-Weixelbraun
freiheit!-Chefredakteurin*



Foto: BKA/Jakob Glaser

team@sebastian-kurz.at
www.facebook.com/sebastiankurz.at

2020 war in vielen Belangen für uns alle ein außergewöhnliches Jahr. Bereits rund ein Monat nach Start der Regierungsarbeit erreichte das Corona-Virus Europa und auch in Österreich wurden bald die ersten Fälle gemeldet. Wir haben zu Beginn der Krise einen nie dagewesenen nationalen Schulterschluss erlebt. Bund, Länder, Gemeinden und alle Parteien haben erkannt, dass wir schnell handeln müssen. Der Erfolg aller gesetzten Maßnahmen im Kampf gegen das Virus ist vor allem auf die Bevölkerung zurückzuführen, die vorbildlich mitgemacht hat.

EINIGE MINUTEN FÜR EINEN TEST KÖNNEN EINIGE WOCHEN LOCKDOWN VERHINDERN

EIN GASTKOMMENTAR VON BUNDESKANZLER UND ÖVP-BUNDESPARTEI-OBMANN SEBASTIAN KURZ

Während des Sommers habe ich vielfach vor einem sehr herausfordernden Herbst und Winter gewarnt. Im November wurde es dann aufgrund der steigenden Infektionszahlen notwendig, massive Maßnahmen zu setzen und einen zweiten Lockdown zu verkünden, um die Überlastung der Intensivstationen zu verhindern. Die Wirkung des Lockdowns hat die Basis dafür gelegt, dass wir zurzeit sehr behutsam, aber doch wieder Öffnungsschritte setzen können. Das Licht am Ende des Tunnels rückt immer näher, denn wir gehen fest davon aus, dass bereits im Jänner die ersten Impfungen in Österreich starten und wir spätestens im Sommer 2021 endlich wieder zu unserer gewohnten Normalität zurückkehren können. Bis zur Impfung sind die Massentests eine große Chance für Österreich, das Infektionsgeschehen unter Kontrolle zu bringen. Ich bitte Sie daher, an den Tests teilzunehmen sowie alle Maßnahmen weiterhin einzuhalten.

Corona hat eine weltweite Wirtschaftskrise ausgelöst, die nahezu jede Volkswirtschaft belastet. Wir werden uns daher noch einige Zeit in einem Dreikampf befinden: Im Kampf um jeden COVID-Patienten, jeden Arbeitsplatz und um jeden Betrieb. Gerade jetzt müssen wir massiv in Arbeitsplätze und den Wirtschaftsstandort investieren.

So wie wir Weihnachten kennen und lieben, wird es heuer leider nicht sein können. Wir alle werden von großen Feiern Abstand nehmen müssen, um unsere Lieben zu schützen. Ich wünsche Ihnen trotz alledem ein gesegnetes, friedvolles Weihnachtsfest und blicke voll Hoffnung und Zuversicht auf das neue Jahr.

Impressum

Herausgeber: Wiener Pressverein Medieninhaber: Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Rudolf Habeler) | **Blattlinie:** Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik | **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Sabine Egerer, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvax | **Anzeigenverwaltung:** Sabine Egerer, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-596 | **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz | **Herstellung:** Walstead NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.

Ein Jahr im Zeichen des Zusammenhalts

Der Jahreswechsel naht und diese Zeit wird oft genützt, um das Jahr Revue passieren zu lassen. Im *freiheit*-Interview macht ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger einen Rückblick auf ein ungewöhnliches Jahr, und gibt einen Ausblick auf das Jahr 2021.

freiheit: Das Jahr begann mit der Einigung auf eine Türkis-Grünen Bundesregierung. Wie würden Sie die Verhandlungen beschreiben?

August Wöginger: Es waren sehr konstruktive und fordernde Verhandlungen. Letztlich haben beide Parteien im jeweiligen Kräfteverhältnis das bekommen, wofür sie gewählt wurden. Im Vergleich zu anderen Koalitionsverhandlungen haben wir es dieses Mal anders gemacht. Denn früher war es immer ein Wegschneiden von Positionen. Am Ende ist dann etwas übriggeblieben, sodass sich beide Parteien nicht mehr wiedergefunden haben. Diesmal ist das Beste aus beiden Welten geblieben.

freiheit: Dann kam Corona. War der Lockdown notwendig?

Wöginger: Diese Gesundheitskrise stellt uns wirtschafts- und sozialpolitisch vor die größte Herausforderung seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Situation erfordert Maßnahmen, die unser alltägliches Leben verändert haben, um die Gesundheit unseres Landes zu schützen. Uns allen sind die Bilder aus Italien im Kopf. Unsere Aufgabe ist es, solche in Österreich zu verhindern. Nur gemeinsam können wir das Virus besiegen.

freiheit: Es wurde ein 50 Milliarden Euro schweres Hilfspaket geschnürt. Was sind die wichtigsten Initiativen?

Wöginger: Uns ist es wichtig so viele Arbeitsplätze wie möglich zu sichern. Mit der Kurzarbeit wurde ein Vorzeigemodell für Europa gestartet. Die Steuersenkung der untersten Tarifstufe von 25 auf 20 Prozent wurde vorgezogen. Für die Gemeinden wurde eine Gemeindemilliarde geschnürt, und mit



Foto: Max Mayrhofer

der Investitionsprämie für Unternehmen wird die Konjunktur angekurbelt. Durch den Lehrlingsbonus wurden der Erhalt von Lehrstellen und die Schaffung von neuen gesichert. Damit Eltern auch weiterhin für ihre Kinder da sein können, wurde die Sonderbetreuungszeit verlängert und mit einem Rechtsanspruch versehen. Zusätzlich erhielten Familien mit Kindern einen Bonus von 360 Euro pro Kind. Während des zweiten Lockdowns wurde den Unternehmen mit einem Umsatzeratz unter die Arme gegriffen, und die Arbeitsplätze gesichert.

freiheit: Was macht das Budget 2021 so besonders?

Wöginger: Das Budget 2021 ist natürlich von der Krise geprägt. Dennoch haben wir es geschafft, in einzelnen Bereichen Sonderinvestitionen zu ermöglichen. Das Ziel ist es, die Konjunktur anzukurbeln und Arbeitsplätze zu sichern. Wir wollen nicht nur gut durch diese Krise kommen, sondern gestärkt aus ihr hervorgehen. So investieren wir zwei Milliarden mehr im Bereich der Arbeit. Auch für die Sicherheit und Bildung gibt es spürbar mehr Geld.

freiheit: Wie bilanzieren Sie da das Jahr 2020 für den ÖAAB?

Wöginger: Trotz der Pandemie konnten wir einige Erfolge feiern. Langjährige Forderungen, wie die Steuersenkung der untersten Steuerstufe von 25 auf 20 Prozent, wurden umgesetzt. Auch als Organisation haben wir uns weiterentwickelt und arbeiten daran, uns für die Zukunft noch fitter zu machen. So wurde eine Zukunftswerkstatt eingerichtet, um eine breite Diskussion über die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Zukunft der Arbeit zu führen. Während der Krise war es das Anliegen aller unserer ÖAAB Abgeordneten, niemanden im Stich zu lassen. Arbeitsplätze konnten gerettet werden und niemand fiel aus der Mindestsicherung in die Notstandshilfe.

freiheit: Was wünschen Sie sich für 2021?

Wöginger: Dass wir die Corona-Krise hinter uns lassen und als Gesellschaft weiterhin zusammenhalten. Dafür brauchen wir auch weiterhin die Disziplin und den Zusammenhalt von uns allen. Bleiben Sie gesund!

2021 zurück zur Normalität

Innenminister Karl Nehammer wurde zum Krisenmanager dieses außergewöhnlichen Jahres 2020. Wie er dieses Jahr erlebt hat und welche Pläne er im Sicherheitsbereich für 2021 hat, erzählt der Minister im *freiheit*-Interview.

freiheit: Herr Bundesminister Nehammer, kein Innenminister vor Ihnen musste bisher derart viele Krisen in so kurzer Zeit bewältigen - vom Cyberangriff, der Migrationskrise, über die Corona-Gesundheits-Krise in zwei Wellen bis hin zum furchtbaren Terroranschlag Anfang November. Wie geht's einem dabei?

Karl Nehammer: Das Jahr 2020 war und ist in der Tat das Jahr der großen Herausforderungen und so habe ich es auch erlebt - das waren sehr bewegende und einprägsame Ereignisse heuer. Es ist und bleibt eine ehrenvolle Aufgabe, Innenminister zu sein, und für die Sicherheit im Land Sorge zu tragen.

freiheit: Man hat den Eindruck, Sie gehen aus jeder Krise gestärkt hervor. Kommt da der Soldat in Ihnen durch?

Nehammer: Ich muss schon sagen, dass ich vieles gelernt habe damals als Berufssoldat, was mir jetzt hilft. Aber am Ende des Tages sind es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Polizistinnen und Polizisten, die durch ihre beeindruckende Arbeit jeden Tag die schwierigsten Situationen bewältigen. Es ist eine Ehre, ihnen vorzustehen.

freiheit: Zum Thema Corona – verstehen Sie die Menschen, die sich von den Maßnahmen zunehmend genervt fühlen?

Nehammer: Klar, da geht es mir ja persönlich nicht anders. Es ist aber ein notwendiges Übel, sich dennoch an die Maßnahmen zu halten. Das kann Leben retten, und wir schützen ja vor allem unsere Liebsten, die Eltern und Großeltern, das dürfen wir nie vergessen.

freiheit: Kommen wir zum Terroranschlag von Anfang November und



Foto: OVP/Jakob Glaser

seinen Auswirkungen. Wie haben Sie die Stunden des Terroranschlages erlebt?

Nehammer: Ich war zum Zeitpunkt des Anschlages in meinem Büro im Innenministerium, als ein Mitarbeiter berichtet hat, dass am Schwedenplatz ein Mann mit Langwaffe unterwegs sei. Ich habe sofort den Polizeifunk aufgedreht. Man merkt dann sehr schnell an Hand der Meldungen der Kollegen, wie dramatisch die Situation wirklich ist. So habe ich auch gehört, als der WEGA-Beamte bekannt gegeben hat, dass der Täter ausgeschaltet wurde...

freiheit: Die Bundesregierung hat nach dem Attentat ein Anti-Terror-Paket verabschiedet – was soll da konkret kommen?

Nehammer: Wenn es möglich ist, einen geistig abnormen Rechtsbrecher lebenslang einzusperren, dann muss es auch möglich sein, einen potentiellen Attentäter lebenslang einzusperren. Wenn das nicht möglich ist, braucht es eine Fußfessel auch bei jenen, die als deradikalisiert eingestuft werden. Darüber hinaus geht es uns um Erleichterung bei der Auflösung von ex-

tremistischen Vereinen, und auch der neue Straftatbestand rund um den Politischen Islam soll Verbesserungen im Bereich der Justiz bringen.

freiheit: Was erwarten Sie sich vom Jahr 2021?

Nehammer: Die Corona-Gesundheitskrise und vor allem ihre Folgen werden uns auch im neuen Jahr noch beschäftigen. Aber: Wir gehen davon aus, dass der Impfstoff und damit das Licht am Ende des Tunnels immer näher rücken. Dann wird in unser Leben wieder Stück für Stück die Normalität zurückkehren.

freiheit: Und was sind Ihre Pläne als Innenminister fürs kommende Jahr?

Nehammer: Da gibt es einiges: Die Reform des Verfassungsschutzes hat für mich oberste Priorität und soll auf jeden Fall nächstes Jahr in die Umsetzung gehen. Mehr Personal und bessere Ausrüstung für die Polizei sind mir persönlich ein großes Anliegen. Mit dem Drohnenprojekt zum Grenzschutz setzen wir einen weiteren Schritt im Kampf gegen illegale Migration und Schlepperei.

Frühstarterbonus belohnt frühes Arbeiten

Mit der Einführung eines Frühstarterbonus wird künftig frühes Arbeiten belohnt – er bringt bis zu 840 Euro pro Jahr. Damit wird das Pensionssystem gerechter. Dieses neue System ist vor allem ein Signal an Frauen und all jene, die früh zu arbeiten begonnen haben. Gleichzeitig wird das Bonus-Malus-System bei der Langzeitversichertenregelung wieder eingeführt, und bringt damit wieder mehr Fairness in das Pensionssystem. Ab 1. Jänner 2022 tritt das neue System in Kraft.

Unser derzeitiges Pensionssystem wurde in den 1970er-Jahren entwickelt, und damals wurde auch das gesetzliche Pensionsalter auf 60 Jahre für Frauen und 65 Jahre für Männer festgelegt. Allerdings war die Lebenserwartung der Menschen niedriger. Damals sind nur zehn Prozent der Bevölkerung überhaupt so alt geworden. Derzeit zahlen wir im Laufe des Erwerbslebens nur so viel ein, dass wir durchschnittlich acht Jahre in Pension sein können, tatsächlich aber sind die Menschen im Durchschnitt 23 Jahre in Pension. Der Bundeszuschuss zu den Pensionen ist in den vergangenen Jahren dramatisch angestiegen. Diese Dynamik muss eingebremst werden. Nachhaltige Finanzierbarkeit des Pensionssystems steht im Fokus. Wird das faktische Pensionsantrittsalter um ein Jahr gehoben, so bringt das den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern ca. 1,7 Milliarden Euro.

Wahlzuckerl beseitigen

Daher gibt es einen klaren Handlungsbedarf, damit diese Schieflage wieder korrigiert werden kann. Als SPÖ und FPÖ vor der Nationalratswahl 2019 die abschlagsfreie Frühpension in populistischer Art und Weise als „Wahlzuckerl“ durchgesetzt haben – ohne Begutachtung, ohne Ausschussberatung und ohne Abschätzung der finanziellen Auswirkungen, war bereits klar, dass dieses System auf Dauer nicht nur zu teuer, sondern auch unfair ist: der Präsenz- und Zivildienst wird nicht angerechnet, Polizisten sind ausgeschlossen, genauso wie fast alle Frauen.

Neues Bonus-Malus-System mit Frühstarterbonus

Nun wird dieses System wieder zu rechtgerückt: Mit 1. Jänner 2022 wird



Foto: adobeStock.com

es weiterhin möglich sein, frühzeitig nach langem Arbeiten in Pension zu gehen, dies aber wieder mit Abschlägen. Die ursprüngliche Regelung aus dem Jahr 2010, die gemeinsam mit SPÖ-Bundesminister Hundstorfer und der ÖVP ausgearbeitet wurde, tritt wieder in Kraft. Die Abschlagsfreiheit bei der Frühpension wird abgeschafft und ein Bonus-Malus-System eingesetzt. Gleichzeitig wird ein Frühstarterbonus eingeführt, der künftig belohnt, wenn jemand bereits mit 15 Jahren zu arbeiten begonnen hat. Zwischen dem 15. und dem 20. Lebensjahr erhält man künftig für jeden gearbeiteten Monat einen Euro mehr Pension. Voraussetzung dafür sind mindestens zwölf Beitragsmonate in diesem Zeitraum und insgesamt 25 Beitragsjahre. Im Idealfall erhält man - bei

fünf Beitragsjahren - 60 Euro pro Monat und damit 840 Euro pro Jahr mehr Pension.

Mehr Fairness und Nachhaltigkeit

Mit dem Frühstarterbonus bekommen wir ein gerechteres System, das vor allem jene belohnt, die unmittelbar nach der Pflichtschule mit einer beruflichen Tätigkeit begonnen haben. Auch Frauen profitieren künftig von diesem neuen Bonus, da sie bisher aufgrund ihrer individuellen Erwerbsbiografien, dem Regelpensionsalter und Kinderbetreuungszeiten viel schwerer auf die notwendigen Versicherungsjahre für die Langzeitversichertenregelung gekommen sind. Mit diesem neuen Bonus werden die Lebensrealitäten der arbeitenden Menschen besser wiedergespiegelt.

Was ist der Frühstarterbonus?

- » Für jeden gearbeiteten Monat zwischen dem 15. und dem 20. Lebensjahr wird die Pension um einen Euro pro Monat erhöht.
- » Wer also mit 15 Jahren zu arbeiten beginnt und bis zum 20. Geburtstag fünf Beitragsjahre erreicht, bekommt bei Pensionsantritt pro Monat 60 Euro und pro Jahr 840 Euro mehr.
- » Der Frühstarterbonus wird ausbezahlt, wenn: mindestens zwölf Beitragsmonate (aufgrund Erwerbstätigkeit) zur Pensionsversicherung zwischen dem 15. und dem 20. Lebensjahr geleistet wurden und insgesamt 25 Beitragsjahre erreicht wurden.
- » Vom Frühstarterbonus profitieren nun endlich auch diejenigen, die bisher keine Chance auf die abschlagsfreie Langzeitversichertenpension hatten.

Verbesserungen für das Arbeiten zu Hause und unterwegs

Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahren massiv verändert: technologische Entwicklungen ermöglichen das Arbeiten von nahezu jedem Ort. Diese Möglichkeiten werden sowohl von Beschäftigten als auch von Unternehmen genutzt. Die Corona-Pandemie hat diese Situation nochmals verstärkt. Um das mobile Arbeiten für alle Beteiligten bestmöglich zu gestalten, sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die das garantieren.



Foto: adobestock.com

Homeoffice war und ist in Zeiten des Lockdowns oft die einzige Möglichkeit, um den Dienstbetrieb aufrechterhalten zu können, und wird in vielen Betrieben mittlerweile dauerhaft eingesetzt. Wie hoch der Bedarf am Arbeiten im Homeoffice ist, zeigt uns insbesondere der im Frühjahr sprunghaft angestiegene Anteil von Beschäftigten im Homeoffice von 10 auf über 40 Prozent. Damit Homeoffice gut funktionieren kann, muss es klare

Rahmenbedingungen geben. Dabei gilt es, bestehende Regelungen zu modernisieren und weiterzuentwickeln.

Ausnahmeregelung bei Pendlerinnen und Pendlern und Unfällen im Homeoffice weiterhin aufrecht

Zwei wesentliche Verbesserungen sind dabei bereits im Frühjahr gelungen, diese Regelungen wurden nun verlängert: Arbeitsunfälle sind Unfälle, die sich im örtlichen, zeitlichen und ursächlichen Zusammenhang mit der versicherten Beschäftigung ereignen. Das gilt auch für das Homeoffice. Für Unfälle ab dem 11.03.2020 bis zum 31.12.2020 wurde mit dem 3. Covid-19-Gesetz der Versicherungsschutz für das Homeoffice erweitert. Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie soll diese Regelung

befristet über den 31.12.2020 hinaus bis Ende März 2021 weiter gelten. Bis dahin sollen auch langfristige Auswirkungen des Unfallversicherungsschutzes in Zusammenhang mit Homeoffice gemeinsam mit den Sozialpartnern besprochen werden.

Bis 31.12.2020 kann das Pendlerpauschale in gleicher Höhe vom Arbeitgeber weiterhin gewährt werden, auch wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte aufgrund von COVID-19-Kurzarbeit, Telearbeit wegen der COVID-19-Krise bzw. Dienstverhinderungen wegen der COVID-19-Krise nicht zurücklegen. Auch diese Regelung ist aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie bis Ende März 2021 verlängert worden.

Rechtsanspruch auf Sonderbetreuungszeit sichergestellt

Viele Eltern und Angehörige von Kindern und betreuungspflichtigen Personen leben derzeit in ständiger Angst, dass aufgrund der Corona-Krise Kindergarten-Gruppen, Schulklassen oder ganze Bildungseinrichtungen geschlossen werden. Nun ist es gelungen, Neuerungen bei der Sonderbetreuungszeit – insbesondere einen Rechtsanspruch – zu beschließen.

Im Frühjahr wurde die Sonderbetreuungszeit als Corona-Hilfsmaßnahme eingeführt, um Familien und pflegende Angehörige mit besonderen Betreuungspflichten zu unterstützen. Die Sonderbetreuungszeit wurde in ihrer ursprünglichen Form nach Auslaufen der zweiten Phase bis Ende Februar 2021 verlängert. Bis dato konnten Eltern mit besonderen Betreuungspflichten bei ihrem Arbeitgeber um Sonderbetreuungszeit von bis zu drei Wochen ansuchen.

Rechtsanspruch durchgesetzt

Angesichts steigender Infektionszahlen und der Notwendigkeit der Ausweitung der Schutzmaßnahmen, wurden Verbesserungen bei der Sonderbetreuungszeit vorgenommen.



Foto: shutterstock

Ab nun kann man – im Fall einer behördlichen Schulschließung – die Sonderbetreuungszeit bis Ende des Schuljahres 2020/2021 in Anspruch nehmen. Auch neu ist, dass ein Elternteil statt wie bisher drei nunmehr vier Wochen diese Betreuungsform konsumieren kann. Darüber hinaus übernimmt der Bund ab sofort die volle Refundierung, wodurch die Arbeit-

geber statt bisher 50 Prozent der Kosten für das Entgelt 100 Prozent ersetzt bekommen. Neben Schulschließungen ist die Sonderbetreuungszeit auch zur Betreuung von Kindern in Quarantäne anwendbar. Und das Besondere an der neuen Regelung: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben nun einen Rechtsanspruch auf die Sonderbetreuungszeit. Voraussetzung für den Rechtsanspruch ist, dass eine behördliche Schließung von z.B. Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, einzelnen Gruppen oder Klassen vorliegt, definitiv keine andere Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung steht, und sich keine andere geeignete Person finden lässt, die auf die betreuungspflichtige Person aufpassen können.

ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

Christian Sagartz

Christian Sagartz, Jahrgang 1981, ist das dienstjüngste Mitglied des EU-Parlaments. Nach dem Wechsel von Karoline Edtstadler in die Bundesregierung im Jänner 2020 übernahm der studierte Politikwissenschaftler ihr Mandat im Europäischen Parlament. Fast zeitgleich folgte er nach der Landtagswahl im Burgenland im Jänner 2020 Thomas Steiner als ÖVP-Landesparteiobermann nach. Der „Politiker mit Leidenschaft“, wie er sich selbst bezeichnet, engagierte sich bereits in seiner Schulzeit in der burgenländischen Schülerunion und später bei der JVP Burgenland, wo er auch Landesobmann war.

freiheit: Sie bezeichnen sich selbst als 100prozentigen Burgenländer, leben in Pöttsching, einer Marktgemeinde im Bezirk Mattersburg, und sind Hobby-Winzer im Südburgenland. Was ist denn nun Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?

Die südburgenländische Weinidylle ist für mich etwas ganz Besonderes. Die Region ist einzigartig, genauso wie die Schmankerl und Weine aus diesem Gebiet. Hier lasse ich gerne meine Seele baumeln.

freiheit: Gibt es ein spezielles Erlebnis, das Sie besonders mit diesem Ort verbinden?

Die Hochzeit meines bestens Freundes war im Südburgenland.

freiheit: Haben Sie für unsere Leserinnen und Leser einen „Insider-Tipp“ für diesen Ort?

Wandern am Wintener Berg und danach ein gutes Achterl und regiona-



Im Herbst ist es besonders schön am Hochkogel in Eltendorf

le Schmankerl in einem Buschenschank genießen. Im Herbst ist es besonders schön am Hochkogel in Eltendorf. Dort gibt es ein feines Kellerviertel mit einem der besten Uhdler-Weine des Landes. Dort kann man den Tag gemütlich ausklingen lassen.

freiheit: Als Abgeordneter zum Europäischen Parlament sind Sie sicher sehr viel unterwegs – welcher ist denn Ihr Lieblingsort außerhalb Österreichs und warum?

Vilnius, die Hauptstadt Litauens. Eine weltoffene Stadt mit freundlichen Menschen und einer großartigen Kulinarik. Perfekt für einen Städtetrip und immer eine Reise wert.

FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

Neues Diskussionsformat des Parlaments: „Politik am Ring“

Erster ÖVP-Diskutant: Josef Smolle zum Thema Pflegereform und Corona

Unter dem Titel „Politik am Ring“ hat das Parlament ein neues Diskussionsformat gestartet. Jeweils am dritten Montag jeden Monats diskutieren künftig Abgeordnete der fünf Fraktionen unter Einbindung von Expertinnen und Experten öffentlich über ein aktuelles Gesetzesvorhaben. Damit will man den üblicherweise nicht öffentlichen Debatten in parlamentarischen Ausschüssen erstmals eine öffentliche Plattform geben. Das Format

wurde vom Parlament gemeinsam mit der Initiative „Demokratie21“ entwickelt. Die Sendung wird jeweils ab 21.00 Uhr aus dem Dachfoyer der Wiener Hofburg übertragen und ist unter www.parlament.gv.at/politikamring live zu sehen. Sie ist auch dauerhaft in der Mediathek auf der Parlamentshomepage abrufbar.

„Im Zeitalter der digitalen Kommunikation muss auch das Parlament neue Wege beschreiten“, betont Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Durch das neue Diskussionsformat

setze man „einen weiteren Schritt zur Öffnung des Parlaments für die Menschen in diesem Land“, denn „Politik und Demokratie brauchen Öffentlichkeit. Nur wenn der politische Diskurs auch nachvollziehbar ist und die Öffentlichkeit daran teilnimmt, kann es eine starke Demokratie geben.“

In der ersten Sendung ging es unter dem Eindruck der Corona-Krise um das Thema „Pandemiebekämpfung und Pflegereform – ein Widerspruch?“ Von ÖVP-Seite war Univ. Prof. Dr. Josef Smolle mit dabei.



Splitter aus dem Parlament

Neue Bundesräte aus Wien und Tirol

Der Wahlerfolg der ÖVP bei der Gemeinderatswahl in Wien hat der ÖVP im Bundesrat zwei neue Bundesräte beschert. Harald Himmer wird nach einigen Jahren ohne Mandat wieder in den Bundesrat einziehen. Gemeinsam mit ihm wird die junge Winzerin Elisabeth Wolff angelobt. Abschied genommen von der Länderkammer hat die Tirolerin Klara Neurauter. Sie wird sich in Zukunft verstärkt der Seniorenpolitik in ihrem Heimatbundesland Tirol annehmen. Ihr Mandat übernommen hat der Vizebürgermeister von Ebbs, Sebastian Kolland. „Klara Neurau-



Foto: Tanja Cammerlander

ter ist mit ihrem Engagement, ihrem Einsatz und ihrer Tatkraft ein Vorbild. Auch ich werde mich bemühen, die für Tirol so wichtigen Themen voranzutreiben“, so Kolland nach seiner Angelobung.

100 Jahre Bundesverfassung – Frauen in Verantwortung

Im Rahmen des 100-Jahr-Jubiläums der österreichischen Bundesverfassung beleuchtete eine von Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler initiierte Veranstaltung die Gleichstellung von Mann und Frau. Die in der Bundesverfassung 1920 festgeschriebene Gleichstellung mussten sich Frauen in den letzten 100 Jahren gegen viele Widerstände hart erkämpfen. Wenn auch Frauen mittlerweile als Bundeskanz-

lerin, Ministerin, National- oder Bundesratspräsidentin ein gewohntes Bild sind, ist die Gleichstellung im beruflichen Alltag weiterhin keine



Foto: Thomas Neuhäuser

Gemeinsam mit u.a. ÖVP-Frauensprecherin Elisabeth Pfruscheller (li.) und Bundesministerin Karoline Edtstadler (re.) diskutierte Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler (Mitte) über ihre Erfahrungen in Politik, Wirtschaft und Familie

Selbstverständlichkeit. Bei der Veranstaltung sprachen Frauen über ihre Erfahrungen in Politik, Wirtschaft und Familie, so etwa Bundesministerin Karoline Edtstadler, Volksanwältin a.D. Ingrid Korosec und die Präsidentin des Salzburger Landtages, Brigitte Pallauf.

Kugler und Sieber besuchten Kinderhospiz

ÖVP-Familiensprecher Norbert Sieber und ÖVP-Menschenrechtssprecherin Gudrun Kugler besuchten das Kinderhospiz Netz in Wien-Meidling. Dieses bietet sowohl ein „Tageshospiz“ als auch ein mobiles Kinder-Palliativteam und Kinder-Hospizteam an. „Die Arbeit eines Kinderhospizes ist von unschätzbarem Wert. Die Kinder, die



Foto: Gudrun Kugler

Ein berührender Besuch im Kinderhospiz in Wien-Meidling (v.l.n.r.): Gudrun Madt (Leitung Kinderpalliativteam), Abg. Gudrun Kugler, Sabine Reisinger (gf. Obfrau), Abg. Norbert Sieber, Irene Eberl (stv. Obfrau)

sonst teilweise auf der Intensivstation behandelt werden müssten, können zu Hause in einem gut betreuten Umfeld leben“, so die beiden Abgeordneten, die sich von diesem Besuch sehr berührt zeigten.

Sobotka vertrat Bundespräsidenten bei Kranzniederlegung

Heuer jährte sich das Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung in Österreich und Deutschland zum 82. Mal. Nachdem sich Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei einem Sturz am Becken verletzt hatte, übernahm Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka die Kranzniederlegung beim Mahnmal



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei der Kranzniederlegung anlässlich des Jahrestages des Novemberpogroms beim Mahnmal für die österreichischen jüdischen Opfer der Shoa am Wiener Judenplatz

für die österreichischen jüdischen Opfer der Shoah am Judenplatz in Wien. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden in Österreich und Deutschland zahlreiche jüdische Geschäfte zerstört und Synagogen in Brand gesetzt, Menschen erniedrigt, verletzt, deportiert, getötet. „Niemals vergessen, die notwendigen Folgerungen aus den schrecklichen Geschehnissen ziehen und konsequent gegen Hass, Gewalt, Diskriminierung und den steigenden Antisemitismus in jeglicher Form vorgehen – das sind wir den Opfern des Nationalsozialismus schuldig und das ist auch unser aller Auftrag“, bekräftigte Sobotka.

Mehr als stolz auf unsere Polizei

Reinhard Zimmermann, Bundesvorsitzender der KdEÖ, Vorsitzender der Polizeigewerkschaft, Vorsitzender im Zentralausschuss für das öffentliche Sicherheitswesen

Ich verurteile den terroristischen Anschlag im Zentrum unserer Bundeshauptstadt auf das Schärfste, dem Terror muss entschieden gegenübergetreten werden. Die Kolleginnen und Kollegen sowohl am Einsatzort als auch die Bediensteten, die im Umfeld während des Einsatzes tätig waren, haben allesamt hervorragende, ja sensationelle Arbeit geliefert! Es lagen lediglich neun Minuten zwischen dem Einlangen des ersten Notrufs und der Ausschaltung des Täters. Durch dieses rasche und konsequente Einschreiten konnten noch mehr Leid von der Zivilbevölkerung und der Kollegenschaft abgewendet und Leben gerettet werden.

Mein ausdrücklicher Dank gilt an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen, die in dieser Terrornacht nahezu Unmögliches geleistet haben, viele unter Einsatz ihres Lebens! Beginnend mit den Kolleginnen und Kollegen der Landesleitzentrale, wo die Notrufe eingingen, zu den Streifenpolizisten, gefolgt von den Cobra- und WEGA-Beamten, zu den Kolleginnen und Kollegen der Einsatzstäbe in der Landespolizeidirektion Wien sowie in allen eingesetzten Sondereinheiten und Abteilungen bis hin zu den Verantwortlichen im Innenministerium! Ein herzliches und stolzes Danke – an euch alle!

Hervorheben möchte ich auch die Zivilbevölkerung, die sich in dieser Extremsituation vorbildlich verhalten hat. Trotz Panik und Hektik hielten sich die Menschen an die Anordnungen der Polizei und reagierten sogar unterstützend – teilweise unter Lebensgefahr.



Reinhard Zimmermann, Bundesvorsitzender der KdEÖ

Mein besonderer Dank gilt auch den Rettungsorganisationen, den Ärztinnen und Ärzten sowie dem Pflegepersonal in den Spitälern und dem österreichischen Bundesheer. Sie alle haben dazu beigetragen, dass den Betroffenen rasch geholfen werden konnte.

Leider verloren dennoch vier Menschen ihr Leben, und ein beherzt einschreitender Kollege wurde schwer verletzt. Wir sind in Gedanken bei den Opfern und deren Angehörigen und trauern

mit ihnen. Dem verletzten Kollegen und den verletzten Zivilisten wünsche ich baldige und vollständige Genesung.

Tiefe Betroffenheit und Trauer gegenüber den Opfern und Verletzten bekundeten auch internationale Reaktionen von Lettland bis Spanien.

Durch meine Funktion in der Europäischen Polizei Union erhielt ich zahlreiche E-Mails, in denen das rasche und äußerst professionelle Einschreiten gelobt wurde. Man sei stolz auf die österreichische Polizei – und man werde gemeinsam den Terror bekämpfen. Doch nicht nur die europäischen Kolleginnen und Kollegen bekundeten ihren Zuspruch, auch aus den USA erhielt ich ein Schreiben, welches die tadellose Arbeit der österreichischen Polizei lobte. Von der Zivilbevölkerung und den Medien kam ebenso hohe Anerkennung für das Einschreiten vor Ort und den Umgang mit der bedrohlichen Situation.

Unsere Polizistinnen und Polizisten leisten tagtäglich wertvolle Arbeit für die Sicherheit unseres Landes, auch unter Einsatz ihres eigenen Lebens. Leider wird das oft erst bei solch schwierigen Amtshandlungen öffentlich wahrgenommen. Erst in diesen Extremsituationen wird vielen ersichtlich, wie professionell die Polizei ausgebildet ist und mit wieviel Herz, Pflichtbewusstsein und Engagement sie arbeitet.

Ich bin als oberster Standesvertreter mehr als stolz auf unsere Polizei.

„Froh um Demokratie und Sozialstaat“

Demokratie und Sozialstaat sind die Grundlage, um Krisen zu bewältigen. „Die Geschichte hat gezeigt, dass es keine Alternativen zur Demokratie gibt, dennoch dürfen wir sie nicht als selbstverständlich ansehen“, so AK Präsident Erwin Zangerl im Interview.

Herr Präsident, die Pandemie stellt uns vor große Herausforderungen. Auch politisch gesehen kommen Systeme durch Corona-Verordnungen oder Lockdowns unter Druck. Befürchten Sie, wie andere, Auswirkungen auf den Sozialstaat?

AK Präsident Zangerl: Das, was wir seit März erleben, ist ein Ereignis, mit dem wir noch nie konfrontiert waren. Die Krise zeigt jedoch, wo Systeme stabil sind, und welche Systeme stabil sind. Nehmen Sie als Beispiel den Sozialstaat: Wir hatten uns so an ihn gewöhnt, dass wir seine Vorteile als gegeben hingenommen haben. Mehr noch, in den letzten Jahren gab es genug Versuche, ihn sogar zurückzuführen, teils ihn zu privatisieren. Spitälerschließungen, Bettenabbau, der Versuch die Krankenkassen kaputtzuzusieren, die Angriffe auf die AK – all das ist Ausdruck einer gewissen Überheblichkeit nach dem Motto „wird schon nichts passieren“. Jetzt ist es aber passiert und jetzt sehen wir, dass das, wofür Generationen gekämpft haben, die Grundlage ist, um die Krise zu bewältigen.

Das heißt, je besser der Sozialstaat funktioniert, desto besser die Krisenbewältigung?

AK Präsident Zangerl: Bleiben wir beim Gesundheitssystem: Länder, in denen viel in diesem Bereich privatisiert wurde, stehen nicht besser da, im Gegenteil. Das kann weltweit beobachtet werden. Grundlegende Versorgungszweige müssen deshalb vom Staat erledigt werden. Dazu braucht es auch eine politische Führung, die die eigenen Interessen hintanstellt



Foto: AK Tirol

Erwin Zangerl ist BAK-Vizepräsident und Präsident der AK Tirol.

und sich um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger kümmert. Das ist global gesehen leider nicht die Norm. Hier sind wir in Österreich bzw. der Europäischen Union doch begünstigt, trotz aller Kritik und einiger Ausnahmefälle.

Viele befürchten trotzdem eine Aushöhlung der Demokratie. Etwa in Form der Beschränkung von Freiheitsrechten ...

AK Präsident Zangerl: Natürlich kommen Angriffe auf die Demokratie vor, sie dürfen aber nicht einfach hingenommen werden. Und das werden sie auch nicht. Egal, ob es sich dabei um kaltblütigen Terror wie bei den Attentaten in Wien handelt, oder ob es Ten-

denzen sind wie in anderen Ländern, wo von politischer Seite versucht wird, aus der Pandemie Kapital zu schlagen. Der Löwenanteil der Österreicherinnen und Österreicher weiß – auch aus der eigenen Geschichte – was Demokratie wert ist. Das Gefühl des „Zusammenhaltens“ könnte aber ruhig oft länger anhalten und nicht nur auf einen Anlassfall bezogen sein. Auch deshalb stellt uns Corona vor neue Herausforderungen. Die Bestimmungen zur Bekämpfung des Virus gibt es ja nicht zum Spaß, um zum Thema Freiheitsrechte zu kommen. Eine Maskenpflicht z. B. macht Sinn und wird nicht zur Beschneidung irgendwelcher Rechte eingesetzt, sondern zum Schutz – Selbstschutz inbegriffen.

Budget 2021: Aus Verantwortung für Arbeitsplätze und Standort

Aktuell erleben wir in Österreich eine der herausforderndsten Situationen in der Zweiten Republik. Auch das Budget für das kommende Jahr ist von der Krise geprägt. Dabei ist dennoch gelungen, ein Paket zu schnüren, das notwendige Unterstützungsmaßnahmen enthält und gleichzeitig in den einzelnen Ressorts einen Handlungsspielraum ermöglicht, Investitionen für die Zukunft zu tätigen. Hier finden Sie einen Überblick zu den Beschlüssen.

Das Budget 2021 ist von der Corona-Krise geprägt. Nach insgesamt zehntägigen Verhandlungen gab der Nationalrat grünes Licht für das Budget 2021. Mit einem Mix aus Rettungs- und Hilfsmaßnahmen sowie Investitionen in Digitalisierung, Bildung und Sicherheit wird 2021 der Wirtschaftskrise in allen Bereichen entgegengewirkt und Österreich wieder auf Erfolgskurs gebracht. Damit sollen die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt, mehr Geld für Bildung und Forschung aufgebracht, in die Sicherheit der Menschen investiert und ein Schwerpunkt auf den Arbeitsmarkt gelegt werden.

Es gibt auch eine Zeit nach der Krise, und daher muss der Blick über das Hier und Jetzt in Richtung Zukunft gerichtet werden. Daher werden nun auch Weichen gestellt, die über die Corona-Zeit hinausreichen, und es wird bewusst auch unabhängig von Corona investiert.

Ein Überblick

Konkret sind im Budget für das Jahr 2021 Ausgaben in der Höhe von 97,35 Milliarden Euro und Einnahmen in der Höhe von 76,35 Milliarden Euro veranschlagt. Damit ergibt sich ein Abgang von 22,99 Milliarden Euro. Abseits von Corona sind im Budget 2021 1,1 Milliarden Euro für neue Budgetschwerpunkte wie Sicherheit, Bildung und Klimaschutz eingepreist.

Für Arbeit

Ein besonderer Fokus im Jahr 2021 liegt auf Erhaltung und Schaffung von



Arbeitsplätzen. Daher erhöht sich das Budget um 2,8 Milliarden Euro. Eine Arbeitsstiftung mit 700 Millionen wird gegründet, um damit 100.000 Arbeitslosen eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen. Der Abbau von Personal im AMS wurde ausgesetzt bzw. sogar um 350 Planstellen ausgebaut. Für die Verlängerung der Sonderbetreuungszeiten bis Februar 2021 sind zusätzlich 2,5 Millionen Euro vorgesehen. Auch um die Kurzarbeit, den steigenden Bedarf an Arbeitslosengeld und Notstandshilfe zu finanzieren, wurde budgetär vorgesorgt.

Für Sicherheit

2021 wird das Polizei-Budget mit 215 Millionen Euro aufgestockt. Damit werden wichtige Maßnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit umgesetzt. Die Personaloffensive wird weiter fortge-

setzt und 1.054 zusätzliche Planstellen geschaffen. Wie wichtig die Ausrüstung ist, sah man beim Attentat in der Wiener Innenstadt. Die Erweiterung und Modernisierung sollen weiter vorschreiten, um die Polizistinnen und Polizisten im Einsatz zu schützen. Weiters gilt es, auf moderne Bedrohungen vorbereitet zu sein. Ein Fokus liegt daher auf der Gewährleistung von Cyber-sicherheit und Cyberabwehr sowie auf der Modernisierung der Infrastruktur.

Für den Heimat- und Katastrophenschutz

Das Budget für das Bundesheer wird auf 2,6 Milliarden Euro erhöht. Bis zum Jahr 2024 soll es eine nachhaltige Aufstockung auf eine Summe zwischen 2,6 und 2,7 Mrd. geben. Davon profitieren vor allem der Sanitäts- und

Terroranschlag sowie das Katastrophenschutzpaket. Im Jahr 2021 liegt ein Schwerpunkt auf der Verbesserung der Ausrüstung sowie Cybersecurity. Ein zweiter Fokus liegt auf der Miliz. Während der Corona-Krise wurden erstmals in der Zweiten Republik Teile der Miliz beordert, um bei der Bekämpfung des Virus zu helfen. Mit 200 Millionen Euro mehr bis 2023 wird ein zusätzlicher Milizverband zum Schutz von kritischer Infrastruktur aufgebaut und in Ausrüstung und Personal investiert, um für den Ernstfall einsatzbereit zu sein. Dazu kommen Reform und Attraktivierung des Grundwehrdienstes.

Für humanitäre Unterstützung

Der Auslandskatastrophenfonds wird bis 2024 um 125 Millionen Euro erhöht, damit wir bei Krisen im Ausland auch weiterhin bestmöglich vor Ort helfen können.

Für gelungene Integration

2021 stellt die Bundesregierung 7,4 Millionen Euro für die Dokumentationsstelle gegen den politischen Islam zur Verfügung. 28 Millionen stehen pro Jahr für Deutschkurse zur Verfügung.

Für die Gesundheit der Menschen in Österreich

Für Kosten rund um die Corona-Pandemie stehen jetzt zusätzlich Mittel in der Höhe von fast 700 Millionen Euro bereit. Neben der Bekämpfung des Corona-Virus ist auch das Altern in Würde und Gesundheit ein Schwerpunkt: Für den steigenden Pflegebedarf und für Pilotprojekte im Pflegebereich werden in den kommenden Jahren zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Für Familien und die Jugend

Für Familie und Jugend werden für das Jahr 2021 7,6 Milliarden Euro budgetiert. Zur Bewältigung der COVID-19-Krise wurden bereits 2020 zahl-

reiche Maßnahmen zur Unterstützung der Familien wie z.B. der einmalige Kinderbonus in Höhe von 360 Euro im September gesetzt. Für den Corona-Familienhärteausgleich stehen im nächsten Jahr weitere 50 Millionen Euro zur Verfügung.

Für Bildung

Bis 2024 soll das Bildungsbudget um rund 996 Millionen Euro erhöht werden und 2023 zum ersten Mal die 10-Milliarden-Grenze übersteigen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Digitalisierung der Schulen, um die Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Im Rahmen des Acht-Punkte-Plans zur Digitalisierung werden die Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Schulstufe im Jahr 2021 mit digitalen Endgeräten ausgestattet. Weiters wird eine flächendeckende Plattform für das digitale Lehren und Lernen eingerichtet. Für die Umsetzung des Ethikunterrichts sind 67 Millionen eingeplant. Für 100 Brennpunktschulen stehen 15 Millionen zur Umsetzung von Projekten bereit. Eine rasche Bereitstellung von Mitteln für die Bewältigung der COVID-Krise in Schulen in Form von Gesundheitschutzmaßnahmen an den Schulen, digitalen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler, Übernahme von Stornokosten für Schulveranstaltungen etc. wird gewährleistet.

Für Innovation

In den nächsten Jahren liegt ein spezieller Fokus auf dem Investitionsstandort. Auch zur Bewältigung der Folgen der Pandemie wird gezielt auf Investitionen in die Zukunft gesetzt. Die Investitionsprämie wird von 1 Milliarde Euro auf 3 Milliarden erhöht.

Für Klima- und Umweltschutz

Für die Finanzierung der thermischen Sanierungsoffensive und den Ausbau

von erneuerbaren Energien werden für die nächsten drei Jahre über eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt.

Für Regionen

Mit einer Budgeterhöhung von 1,7 Milliarden Euro soll der ländliche Raum bis 2024 gestärkt werden. In den Breitband-Ausbau werden zusätzliche 41,5 Millionen Euro investiert und der Forstsektor wird mit 262 Millionen Euro unterstützt.

Für Wirtschaft und Digitalisierung

Das Wirtschaftsbudget 2021 wird verdreifacht. So können Unternehmen gerettet und der Standort gestärkt werden. Die Digitalisierung wird mit einem Fonds von 160 Millionen Euro für die nächsten zwei Jahre weiter vorangetrieben.

Für Kunst und Sport

Kunst und Kultur werden mit einer Budgetsteigerung von 150 Millionen Euro gefördert und die Sportförderung wird für die nächsten zwei Jahre um 34 Millionen Euro aufgestockt.



Versicherungsmakler GmbH

www.ofi.info

Unterwegs in Österreich



Foto: ÖAAB

ÖAAB goes Zukunft

Wie soll eine bürgerliche Arbeitnehmersvertretung in Zukunft aussehen? Was macht den ÖAAB zu einer attraktiven und starken Arbeitnehmersvertretung? Was wünscht man sich von einer Bewegung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Zukunft? Diesen und weiteren Fragen haben sich ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger und ÖAAB-Generalsekretär gemeinsam mit vielen ÖAABlerinnen und ÖAABlern im Rahmen der Zukunftswerkstätte des ÖAAB gewidmet, um gemeinsam die Zukunft zu gestalten. Aufgrund der aktuellen Pandemie fand der Austausch diesmal digital statt. Im Bild: ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger im digitalem Austausch mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Zukunftswerkstätte.



Foto: ÖAAB

80 und kein bisschen leise

Den 80. Geburtstag der ÖAAB-Bundesfrauen-Ehrenvorsitzenden Ingrid Korosec nahm die aktuelle ÖAAB-Bundesfrauenvorsitzende Gertraud Salzmann zum Anlass, ihr nicht nur zu gratulieren, sondern sich auch für ihren Einsatz und ihre Vorreiterrolle in Sachen Frauenpolitik in den vergangenen Jahren zu bedanken. Ob als Wiener Gemeinderätin oder ehemalige Bundesfrauenvorsitzende oder als Präsidentin des Seniorenbundes: Ingrid Korosec setzt sich seit Beginn ihres politischen Wirkens – vor 37 Jahren – für Frauen und ihre Anliegen ein. Auch mit 80 wird sie diesen Kampf weiterführen. Im Bild: Die aktuelle ÖAAB-Bundesfrauenvorsitzende Gertraud Salzmann (re.) gratuliert – selbstverständlich mit Abstand – ihrer Vorgängerin und Ehrenvorsitzenden Ingrid Korosec (li.) zum 80. Geburtstag.

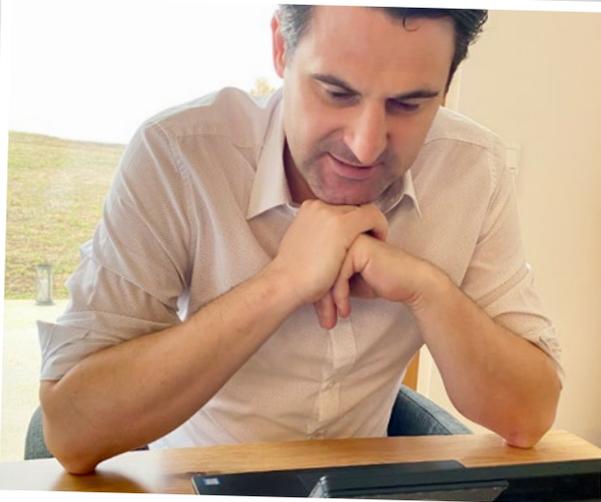


Foto: ÖAAB

Digitaler Austausch mit der FCG-Jugend

Bei der digitalen Bundesvorstandssitzung der FCG-Jugend Mitte November war ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits zu Gast. Digital wurde über die Themen Homeoffice, Kurzarbeit und Jugendarbeitslosigkeit diskutiert und über die Corona-Maßnahmen informiert. Dabei konnten spannende Inputs über die Anliegen und Wünsche der Jugend gesammelt, und über die gemeinsame künftige Zusammenarbeit beraten werden. Außerdem wurden Tipps ausgetauscht, wie man gut durch den Lockdown und durch den Winter kommt. Im Bild: ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits im Video-Chat mit der FCG-Jugend.

Sensation in der BVAEB

Die Betriebsgruppe in der BVAEB konnte bei den ersten gemeinsamen Betriebsratswahlen nach der Fusion von BVA und VAEB zur BVAEB einen herausragenden Erfolg einfahren. Das FCG-BVAEB-Team Florian Kahl und Unabhängige konnte elf von 15 Mandaten bei der Betriebsratswahl der Angestellten erreichen. Im Arbeiterbetriebsrat werden künftig alle vier Mandate vom FCG-BVAEB-Team besetzt und auch die Behindertenvertrauensperson wird von der FCG-BVAEB gestellt. Im Bild: Florian Kahl, Birgit Gehring, Karlheinz Boos, Jennifer Gagony, Thomas Suchodolski, Elisabeth Poehacker, Bernhard Kludak, Christian Wurm, Lisa Brand, Johannes Vogl, Andreas Nidetzky, Anita Baal, Andreas Tackner, Caroline Dolezal, Hannes Pachschröll



Foto: FCG-ÖAAB-BVAEB

Christiane Teschl-Hofmeister zur neuen NÖAAB-Landesobfrau gewählt

Ende November fand der NÖAAB-Landestag aufgrund der Corona-Pandemie als Online-Event statt. Wegen der Sicherheitsmaßnahmen waren nur Christiane Teschl-Hofmeister und Wolfgang Sobotka vor Ort. Bundeskanzler Sebastian Kurz, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger waren unter anderem per Live-Video zugeschaltet, um ihre Grußbotschaften zu übermitteln. Die 762 Delegierten wählten via Briefwahl Christiane Teschl-Hofmeister mit 98,9 Prozent zur neuen – und ersten – Landesobfrau des NÖAAB. Sie folgt damit auf Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, der diese Funktion zehn Jahre innehatte.



Christiane Teschl-Hofmeister (li.) und Wolfgang Sobotka (re.) beim Online-Landestag mit den per Video zugeschalteten Gästen

Als Landesobfrau-Stellvertreter wurden der Obmann der Landespersonalvertretung der NÖ Landesbediensteten Johann Zöhling (mit 99,1 Prozent), die Präsidentin der Politischen Akademie Bettina Rausch (mit 97,7 Prozent), Landtagsabgeordneter René Lobner (mit 99,3 Prozent), AK-Vizepräsident

Josef Hager (mit 98,8 Prozent), und Österreichs jüngste Bürgermeisterin Bernadette Schöny (mit 98,5 Prozent) gewählt.

„Ich bin sehr dankbar für diesen großen Vertrauensbeweis und möchte, gerade jetzt in diesen schwierigen Zeiten an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen. Ich möchte mich bei Wolfgang Sobotka für diese große Chance bedanken. In den kommenden Jahren werden wir unseren inhaltlichen Fokus auf die Themen Wandel der Arbeitswelt und die damit verbundenen Chancen, Pflege und Betreuung und Bildung legen“, so die neugewählte Landesobfrau Teschl-Hofmeister.

Familienfreundlicher Arbeitgeber

ÖSTERREICHS „NUMMER 1 IN DER PFLEGE“ SUCHT MITARBEITER*INNEN!

Wenn Sie auf der Suche nach einem zukunftssicheren und erfüllenden Job sind, darf ich Sie als Vizepräsidentin einer der größten und erfolgreichsten Sozialdienstleister, dem HILFSWERK ÖSTERREICH, dazu einladen, Teil unseres Teams zu werden!

Wir haben bereits vor Jahren damit begonnen Arbeitszeitmodelle zu schaffen, die vor allem darauf ausgerichtet sind, Frauen den Wiedereinstieg ins Berufsleben bzw. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Unsere über 160 regionalen Standorte in ganz Österreich ermöglichen ein Arbeiten direkt in der Nähe des eigenen Zuhauses. Denn vor allem im ländlichen Bereich ist es nicht immer einfach, eine Tätigkeit zu finden, die sich mit der Familie vereinbaren lässt. Wir bieten Ihnen die nötige Flexibilität, damit Sie neben der Arbeit auch genügend Zeit für Ihre Lieben haben!

Gleichzeitig bieten wir unseren Mitarbeiter*innen auch viele Zusatzangebote, die vom Unternehmen getragen werden, wie beispielsweise Fortbildungen. Zudem unterstützen wir Sie bei Ihrem persönlichen Karriereweg innerhalb des Unternehmens. Auch wenn wir ein Unternehmen mit österreichweit rund 10.500



Elisabeth Scheucher-Pichler, Vizepräsidentin Hilfswerk Österreich, Präsidentin Hilfswerk Kärnten

Mitarbeiter*innen sind, ist bei uns das Arbeitsklima sehr familiär und von Respekt getragen. Wir begegnen uns untereinander sehr wertschätzend. Dies spüren auch unsere Kundinnen und Kunden.

Gerade in der mobilen Pflege sind Sie ganz nahe am Menschen und haben sehr persönlichen Kontakt. Die Unterstützung, die Sie unseren Kundinnen und Kunden zuteil werden lassen, kommt von diesen spürbar zurück. Das macht diesen Beruf zu etwas Besonderem und Erfüllendem!

Aktuell suchen wir auch jetzt in der COVID-Krise im Bereich der Pflege und Betreuung Mitarbeiter*innen für unterschiedliche Tätigkeitsfelder: Diplomierte Gesundheits- und Krankenpfleger*innen ebenso wie Pflegeassistent*innen und Heimhilfen. Nähere Informationen finden Sie im Internet unter www.jobs.hilfswerk.at.

Egal, ob Sie in einen der vielen möglichen Berufe bei uns einsteigen wollen, den Wiedereinstieg nach einer Pause wagen möchten oder neue Chancen und Möglichkeiten in einer beruflichen Veränderung oder im Umstieg sehen:

Wir freuen uns auf Sie!

Ihre

Elisabeth Scheucher-Pichler
Vizepräsidentin Hilfswerk Österreich
Präsidentin Hilfswerk Kärnten

Eine starke FCG



Im Mittelpunkt der Mensch

goedfcg.at



göd.fcg

**Kolleginnen und Kollegen stärken.
Verantwortung leben.**